

Wieviel Steuerlast lässt sich tragen?

6. Juli 2023



Ein Policy Brief der

**Agenda
Austria**

Österreich braucht dringend ein paar zusätzliche Steuern! Diesen Eindruck konnte gewinnen, wer die politische Debatte der letzten Monate verfolgte. Nicht von Steuersenkungen, sondern von Übergewinn-, Vermögen- und Erbschaftsteuern war die Rede. Dabei ist Österreich längst ein Hochsteuerland. Kaum ein Land nimmt der Bevölkerung noch mehr Geld ab, um die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren. Am stärksten geschöpft werden die Leistungsträger – also jene Menschen, die viel arbeiten und gut verdienen.

Den meisten Bürgern ist nicht einmal bewusst, wie viel der Staat im Alltag abkassiert – zusätzlich zur Lohnsteuer und zu den Sozialabgaben. Nur ein Beispiel: Wer diesen Sommer mit der Familie Österreich-Urlaub macht und dafür 3.200 Euro bezahlt, muss für diesen kleinen Luxus zuvor mehr als 5.700 Euro an Arbeitsleistung erbracht haben. Dem Urlaubsanbieter bleiben letztlich nur rund 2.900 Euro.

Fast alles, was wir tun, ist steuerpflichtig

Schon ein Durchschnittsverdiener muss fast die Hälfte der von ihm geleisteten Wertschöpfung als Steuern und Abgaben an den Staat abliefern. Vom Rest gilt es, das Leben zu finanzieren – und das verursacht wieder an jeder Ecke Steuerpflichten. Bei praktisch jeder finanziellen

Transaktion hält auch der Staat die Hand auf: Die Politik beschwert sich gerne über die hohen Energiepreise – aber etwa ein Drittel des Preises für Haushaltskunden entfällt auf Steuern und Abgaben. Jede Tankfüllung, das neue Handy, ein Auto oder ein Friseurbesuch: Der Staat nascht immer mit. Ob jemand eine Immobilie

Kaum ein Land nimmt der Bevölkerung noch mehr Geld ab, um die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren.

besitzt, mietet oder kauft, er muss dafür Steuern zahlen. Nicht einmal sterben kann man, ohne dem Fiskus eine Freude zu machen, denn selbstverständlich gibt es auch die Begräbniskosten nicht ohne Aufschlag.

Aber fangen wir mit den Steuern und Abgaben auf Erwerbsarbeit an, die in Österreich besonders hoch sind: Wer einen Job hat und über der Freigrenze verdient, der muss Lohnsteuer bezahlen. Je höher das Einkommen, desto höher der Prozentsatz. Hinzu kommen – neben kleineren Posten wie dem Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds und der betrieblichen Vorsorge oder der Kommunalsteuer – noch die Sozialversicherungs-

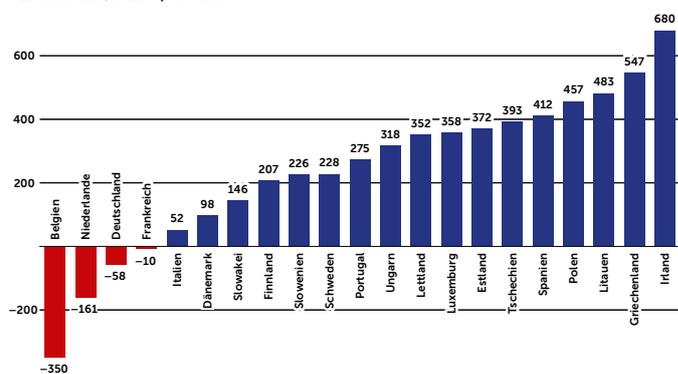
beiträge, die teilweise vom Arbeitnehmer und teilweise vom Arbeitgeber entrichtet werden. Erwirtschaften müssen beides natürlich die Angestellten.¹

In fast allen Ländern der entwickelten Welt bleibt dem durchschnittlichen Arbeitnehmer von seiner Arbeitsleistung netto mehr Geld übrig als in Österreich (siehe Abbildung 1). So hätte ein heimischer Durchschnittsverdiener rund 230 Euro monatlich mehr in der Tasche (oder über 2.700 Euro im Jahr), wenn er Steuern und Abgaben wie sein schwedisches Pendant zahlen müsste.² In Spanien wären es sogar mehr als 410 Euro zusätzlich und in Griechenland fast 550 Euro netto pro Monat.

Abb. 1: Hohe Abgabenbelastung auf Arbeit in Österreich

Wo Arbeitnehmern netto mehr bleibt

– zu Österreich, in Euro pro Monat



Quelle: Eigene Berechnungen, OECD.

Anmerkung: Abgabenbelastung berechnet für einen durchschnittlichen, ganzjährig vollzeitbeschäftigten Single (3.762 Euro Bruttomonatseinkommen) im Jahr 2022 unter Berücksichtigung sonstiger Bezüge (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) sowie verpflichtender privater Pensionsversicherungen.



Besonders teuer wird es, wenn das Einkommen steigt. Ein Beschäftigter in Vollzeit mit durchschnittlichem Einkommen muss von jedem Euro extra 60 Cent abgeben. Das heißt, dass von zusätzlich verdienten 100 Euro Arbeitsleistung nur 40 Euro auf dem Konto landen. Damit liegt Österreich im OECD-Vergleich auf dem dritten Platz. Bei etwa 26 Stunden (Anm.: zwei Drittel einer Vollzeitstelle) landen nur 45 von 100 Euro auf dem Konto des Arbeitnehmers, das ist Rang fünf innerhalb der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

Nach der Steuer ist vor der Steuer

Mit der Abführung der Lohnsteuer und der Sozialabgaben sind die Pflichten längst nicht erledigt. Vom Nettoeinkommen konsumieren wir und zahlen damit

¹ <https://www.agenda-austria.at/wp-content/uploads/2023/03/aa-transparenter-lohnzettel-2023.pdf>

² Unter Berücksichtigung (privater) verpflichtender Pensionsversicherungen.

auch die Mehrwertsteuer – mit zuletzt knapp 36 Milliarden Euro die bedeutendste Steuereinnahme des Bundes. Alles in allem leistet jeder Österreicher im Schnitt rund 21.700 Euro an Steuern und Abgaben pro Jahr. Damit liegt Österreich ebenfalls im internationalen Spitzenfeld.

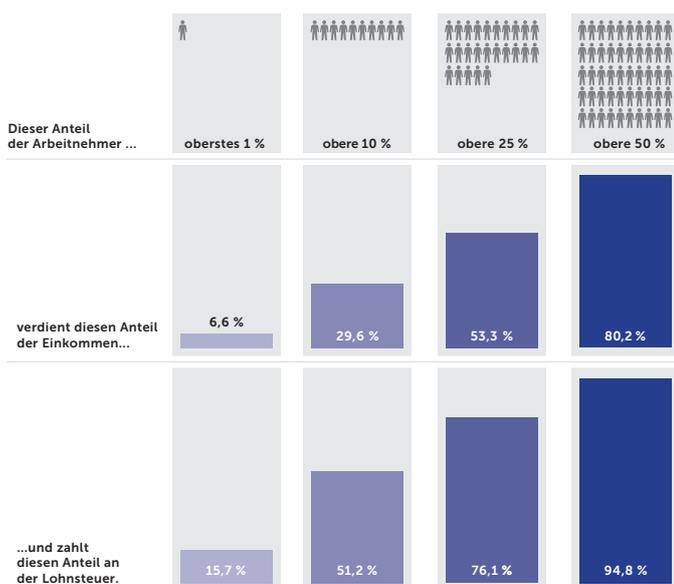
Reiche zahlen mehr als Arme

Oft wird behauptet, dass reichere Haushalte sich nicht genügend an der Finanzierung des Staates beteiligen würden. Doch das ist falsch: Sie zahlen nicht nur nominell deutlich mehr als ärmere Haushalte, ihr Beitrag ist auch in Relation zum Einkommen höher. Während die ärmsten zehn Prozent rund 40 Prozent ihres Einkommens³ an den Staat abliefern, sind es bei den obersten zehn Prozent rund 60 Prozent.

Der wesentliche Grund dafür liegt in der progressiven Einkommensbesteuerung. Wer mehr verdient, bezahlt auch mehr Steuern – nicht nur absolut, sondern auch relativ.⁴ Dabei steigt die Steuerbelastung sogar schneller als das Einkommen. Von einem zusätzlich verdienten Euro bleibt weniger netto als vom vorangegangenen Einkommen. Dahinter steckt die Idee, dass reichere Haushalte in der Lage sind, einen größeren Anteil zur Finanzierung des Sozialstaats beizutragen.

Abb. 2: Wer zahlt eigentlich noch Lohnsteuer?

Wer wie viel Lohnsteuer zahlt



Quellen: Eigene Berechnungen, Lohnsteuerstatistik 2021.



³ Das verfügbare Markteinkommen entspricht dem verfügbaren gewichteten Haushaltseinkommen vor Steuern und nach Transfers.

⁴ Mit steigendem Einkommen erhöhen sich die Steuersätze.

Zudem existiert in Österreich eine Steuerfreigrenze; Einkommen darunter unterliegen nicht der Steuerpflicht. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Anläufe unternommen, um die Niedrigverdiener steuerlich zu entlasten. Das hat nicht nur dazu geführt, dass Teilzeit mittlerweile oft attraktiver ist als Vollzeit. Es bedeutet auch, dass viele Österreicher gar keine Lohnsteuer mehr bezahlen. Mittlerweile trifft dies auf ein Fünftel der Arbeitnehmer und Pensionisten zu. Das sind immerhin rund 1,4 Millionen Menschen in Österreich. Allein unter den Arbeitnehmern verdient das einkommensstärkste Prozent in Österreich etwa sieben Prozent der gesamten Lohneinkünfte, zahlt aber knapp 16 Prozent der Lohnsteuereinnahmen des Staates (siehe Abbildung 2).

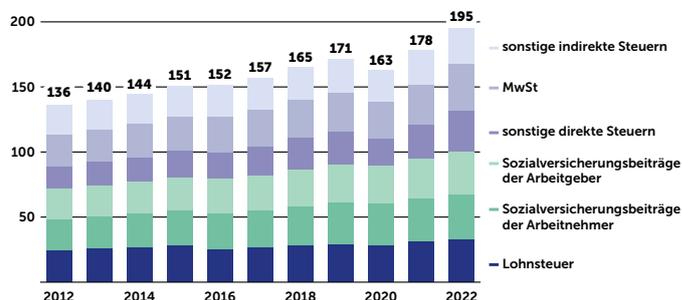
Arbeit mit 100 Milliarden Euro belastet

Im Jahr 2022 erreichten Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge erstmals die Grenze von 100 Milliarden Euro pro Jahr (siehe Abbildung 3).

Abb. 3: Entwicklung der Abgaben in Österreich

Zusammensetzung der Abgabenlast in Österreich

– Steuern und Sozialbeiträge, in Milliarden Euro



Quelle: Statistik Austria.

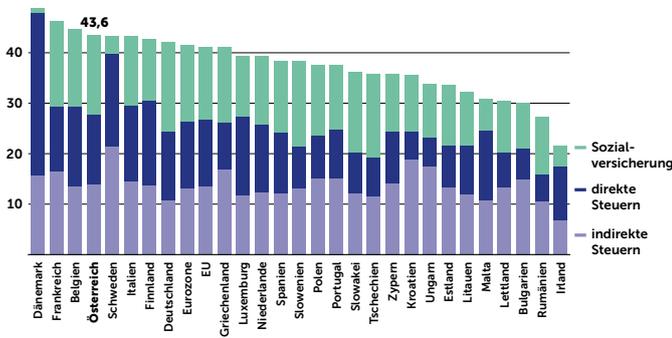


Auch die Mehrwertsteuereinnahmen steigen durch die hohe Inflation rasch an. Im internationalen Vergleich zählt Österreich zu den absoluten Hochsteuerländern. Die Belastung verteilt sich dabei gleichmäßig über die Sozialversicherungsabgaben, direkte sowie indirekte Steuern. Direkte Steuern wie auf Arbeit, Kapitalerträge oder andere Einkommen werden von jenen überwiesen, die die Einkommen erhalten. Indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer oder andere Konsumsteuern werden zwar vom Konsumenten bezahlt, allerdings vom Verkäufer an den Staat transferiert. Österreich liegt zwar in keiner dieser drei Kategorien im absoluten Spitzenfeld. Aber dadurch, dass wir in allen Kategorien im vorderen Mittelfeld liegen, haben wir in Summe die vierthöchste Abgabenquote innerhalb der Europäischen Union.

Abb. 4: Abgabenquote im Detail

Abgabenlast im EU-Vergleich

– im Jahr 2021, in Relation zum BIP



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

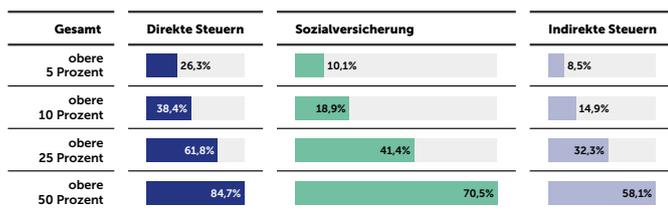


Insgesamt zeigt sich, dass reichere Haushalte überproportional zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen. So zahlten im Jahr 2019 die obersten fünf Prozent der Haushalte rund 26 Prozent der Staatseinnahmen aus direkten Steuern (im Wesentlichen Einkommensteuern), rund zehn Prozent der Sozialversicherungsbeiträge und 8,5 Prozent der Einnahmen aus den Konsumsteuern (siehe Abbildung 5).

Abb. 5: Verteilung der Steuerlast

Steuerbeiträge nach Einkommenshöhe im Jahr 2019

– in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, EUROMOD.



So teuer macht der Staat das Leben

An den folgenden praktischen Beispielen wird anschaulich, wie stark die Steuerbelastung im Alltag wirkt. Kauft ein Österreicher beispielsweise eine Wohnung in Wien um 400.000 Euro, muss er dafür 1,25 Millionen Euro an Arbeitsleistung erbracht haben.⁵ Rund 51 Prozent dieser Summe bleiben beim Staat. Neben den bereits angesprochenen Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträgen fallen beim Kauf der Immobilie auch

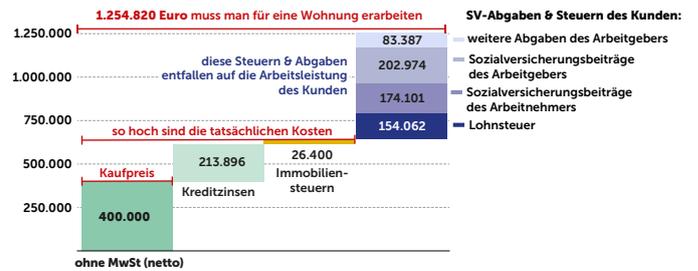
⁵ Unter der Annahme, dass zur Zwischenfinanzierung ein Kredit mit einer Laufzeit von 30 Jahren und vier Prozent Verzinsung aufgenommen wurde, und unter Berücksichtigung von Lohn- und Grunderwerbsteuer sowie Grundbucheintragungsgebühr und Mehrwertsteuer.

Grunderwerbsteuer, Grundbucheintragungsgebühr sowie die Umsatzsteuer für Makler, Rechtsanwalts- und Notarkosten an (siehe Abbildung 6).

Abb. 6: Immobilienerwerb

Was für eine Wohnung tatsächlich erarbeitet werden muss

– in Euro



Quelle: Eigene Berechnungen.

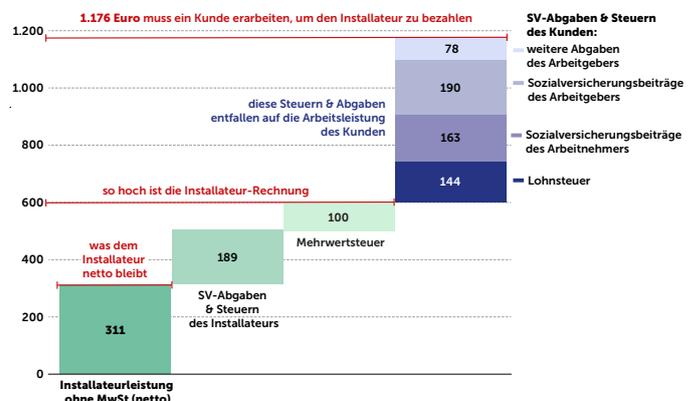
Anmerkung: Berechnet für einen Arbeitnehmer mit ganzjähriger Beschäftigung und einem Bruttomonatslohn von 4.363 Euro. Die Immobiliensteuern beinhalten die Grunderwerbsteuer von 3,5 Prozent, ganzjähriger Grundbuchsgebühr von 2,3 Prozent (1,1 Prozent Verbücherung und 1,2 Prozent für Hypothek). Für Makler-, Rechtsanwalts- oder Notariatskosten (insgesamt vier Prozent) wird nur die Mehrwertsteuer berücksichtigt. Für die Immobilienfinanzierung wurde ein Kredit iHv. 300.000 Euro angenommen für 30 Jahre Laufzeit und mit vier Prozent Verzinsung.



Angenommen, der glückliche Immobilieneigentümer findet kurz darauf daheim einen Wasserschaden vor und braucht einen Installateur. Dieser behebt den Schaden nach fünf Stunden harter Arbeit zu einem Stundensatz von 120 Euro. Um die Rechnung von 600 Euro zahlen zu können, muss der Österreicher erst einmal 1.176 Euro an Wirtschaftsleistung erarbeitet haben. Dem Installateur bleiben netto 26 Prozent der Transaktion, 74 Prozent gehen an den Staat (siehe Abbildung 7).

Abb. 7: Rohrbruch

Was für eine Installateurleistung erarbeitet werden muss



Quelle: Eigene Berechnungen, OeNB.

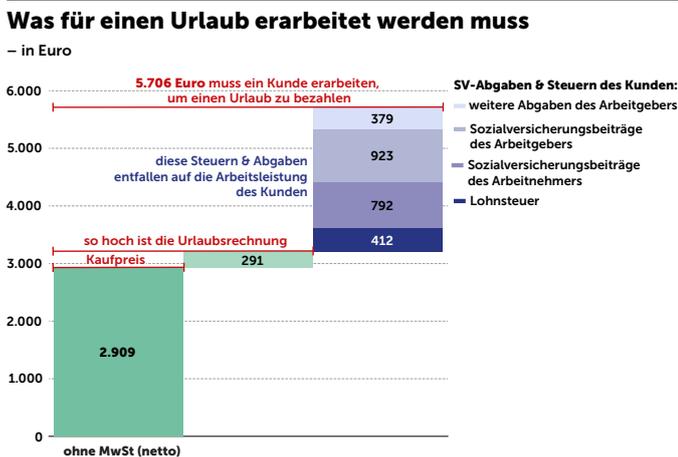
Anmerkung: Berechnet für einen Kunden, der ganzjährig beschäftigt ist und einen Bruttomonatslohn von 4.363 Euro hat. Der Installateur wurde für fünf Stunden bestellt mit einem Stundensatz von 120 Euro (entspricht etwa dem Durchschnittssatz eines Gas/Wasser-Installateurs). Der Installateur hat einen Bruttojahresgewinn von 50.000 Euro.



Auch beim Urlaub kassiert der Staat ordentlich mit. Macht eine vierköpfige Familie Ferien in Österreich und zahlt dafür 3.200 Euro, so muss ein ganzjährig

Beschäftigter mit einem Bruttomonatslohn von 4.363 Euro eine Arbeitsleistung von rund 5.700 Euro erbracht haben. Dem Urlaubsanbieter bleiben 2.900 Euro (siehe Abbildung 8).

Abb. 8: Urlaubskosten

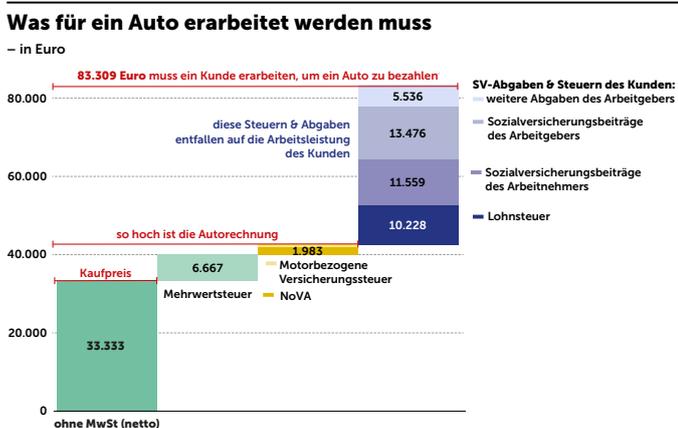


Quelle: Eigene Berechnungen, ÖAMTC.
Anmerkung: Berechnet für einen Arbeitnehmer mit einem Bruttomonatslohn iHv. 4.363 Euro. Urlaubsbudget berechnet für eine vierköpfige Familie iHv. 800 Euro pro Person. Zur Vereinfachung wurde für den Urlaub ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von zehn Prozent angenommen.



Für den Urlaub kauft sich der Österreicher das lang geplante Auto um 40.000 Euro. Für den Pkw mussten aber tatsächlich über 80.000 Euro erwirtschaftet werden. Neben den Abgaben auf das Arbeitseinkommen kommt auch bei dieser Transaktion die Mehrwertsteuer zum Tragen. Darüber hinaus sind Normverbrauchsabgabe (NoVA) sowie motorbezogene Versicherungssteuer zu leisten. Am Ende verdient der Staat auch hier mit 60 Prozent den Großteil. Dem Verkäufer bleiben nur 40 Prozent der gesamten Kosten (siehe Abbildung 9).

Abb. 9: Kostenabtraum Pkw



Quelle: Eigene Berechnungen, Statistik Austria, BMF.
Anmerkung: Berechnet für einen Arbeitnehmer mit einer ganzjährigen Beschäftigung und einem Bruttomonatslohn von 4.363 Euro. Der Kaufpreis des Autos mit MwSt liegt bei 40.000 Euro, der CO₂-Ausstoß bei 138g/km und die Leistung bei 123 PS.



Handlungsempfehlungen

Runter mit den Steuern

Österreich braucht keine neuen Steuern, sondern eine Senkung der bestehenden. Besonders bei der Belastung des Faktors Arbeit gilt es anzusetzen, um den Bürgern wieder mehr Freiheit zu geben. Die Abgaben auf Arbeit sollten sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer reduziert werden. Für Unternehmen bietet sich etwa eine Halbierung der Abgaben zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) an. Das würde die Arbeitskosten immerhin um 2,75 Milliarden Euro verringern. Darüber hinaus sollten besonders mittlere Einkommen entlastet werden, um Vollzeitarbeit wieder attraktiver zu machen. Spitzensteuersätze sollten auch nur für Spitzeneinkommen und nicht für den Durchschnittsbeschäftigten gelten.

Eine Abschaffung der Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehalts vereinfacht das System. Im Umkehrschluss müssten dann aber die Tarife auf die laufenden Einkommen gesenkt werden, damit die Vereinfachung zu keiner Mehrbelastung für die Arbeitnehmer führt.

Aufgrund der hohen Abgaben ist auch der Traum vom Eigenheim für viele nur schwer umsetzbar. Um die Mittelschicht zu stärken und den Erwerb von Wohnraum zu erleichtern, sollte die Regierung auf die Einhebung der Grunderwerbsteuer für die Erstimmobilie verzichten – oder zumindest eine Staffelung je nach Höhe des Kaufpreises festsetzen. Erstimmobilien bis 500.000 Euro sollten dabei steuerfrei bleiben. Zudem sollten sich Grundbucheintragungsgebühren am Aufwand und nicht am Immobilienpreis orientieren. Kreditzinsen sollten bei der Erstimmobilie steuerlich abzugsfähig sein.

Staatliche Ausgaben einbremsen

Der Staat heizt nicht nur über immer neue Förderungen, sondern auch durch seine öffentlichen Konsumausgaben die Inflation weiter an. Eine Ausgabenbremse kann dabei helfen, diese Spirale zu beenden. Ein Vorbild ist Schweden: Dort gibt es für den Bund und das Pensionssystem ein Überschussziel von einem Drittel Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Weil diese Vorgabe für den Zeitraum eines ganzen Konjunkturzyklus gilt, ist das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig. Begleitet wird die Regel von einer Ausgabenbeschränkung. Hierbei wird im Parlament das Budget für mindestens drei Jahre unter der Prämisse des Überschussziels beschlossen.

Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters

Für das Pensionssystem muss der Staat jährlich viele Milliarden Euro an Zuschüssen leisten. Entsprechend hoch wäre das Einsparungspotenzial durch eine Reform. Dafür müssen keine Leistungen gekürzt werden, es würde genügen, der steigenden Lebenserwartung gemäß etwas länger zu arbeiten. Nach unserem Modell müsste das Antrittsalter jedes Jahr um zwei Monate angehoben werden, bis ein Antrittsalter von 67 Jahren erreicht ist. Anschließend könnte eine automatische Anpassung an die Lebenserwartung den Kostendruck durch den demografischen Wandel abfedern. Eine Koppelung des Antrittsalters an die Lebenserwartung würde den Bundeshaushalt jährlich um rund zehn Milliarden Euro entlasten.

Die Fördergießkanne verstauen, den Förderrasenmäher anwerfen

Österreich ist Förderweltmeister, nicht nur in Zeiten von Krisen. Das hat über Jahrzehnte eine Anspruchshaltung genährt, die nur mehr schwer einzufangen ist. Daher sollte der Rasenmäher ausgepackt und die Förderungen auf das durchschnittliche Niveau der EU gesenkt werden. Das hätte den Staatshaushalt im Jahr 2022 um ca. 2,2 Milliarden Euro entlastet. Anfangen müsste man mit Förderungen, die anderen politischen Zielen explizit entgegenwirken – wie etwa dem Klimaschutz. Nach wie vor gibt es Förderungen, die fossile Energieträger künstlich verbilligen. Aktuelle Studien des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) sehen vor allem in den Bereichen Verkehr, Energie, Wohnen und Landwirtschaft großen Handlungsbedarf; sie erkennen aber zugleich hohe Hürden, da viele der Maßnahmen auf multilateralen Verträgen beruhen und daher oft nur im EU-Verbund abgeschafft werden könnten. Das gilt etwa für das Dieselprivileg, also die niedrigere Besteuerung dieses Kraftstoffs. Auch das Pendlerpauschale muss dringend überarbeitet werden. In der jetzigen Form begünstigt es lange Anfahrtswege, die auch noch mit dem Pkw zurückgelegt werden.

Herausgegeben von der Denkfabrik



www.agenda-austria.at

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Marcell Göttert
Mag. Hanno Lorenz
Dr. Dénes Kucsera

Begutachtung

Univ.-Prof. Dr. Sabine Kirchmayr-Schliesselberger
PD Dr. Gerhard Reitschuler

Lektorat

MMag.a Judith Kreiner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

**Agenda Austria
Türkenstraße 25/1/10
1090 Wien
Austria**

**T +43 1 361 99 61-0
office@agenda-austria.at**

agenda-austria.at